

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für den Nachdruck: 20 011.

Lebeck's - **Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.**
Firma gegr. 1898. • 15 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 35/40.
Verlag von Weyß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei 14gl. zweimal. Intragung od. durch die Anzeigen-Preise. Die 14gl. 32 mm breite Zeile 7. A. außerh. Sachl. 8. A. Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, 14gl. 14 mm bei 14gl. zweimal. Berlin monatl. 30. A., vierteljährl. 90. A. u. Verträge die Zeile 5. A. Bezugsgebühren u. Tarif. Hausz. Anträge ges. Vorausbez. — Einzelnummer 1,50, Sonntagausgabe 2. A. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Anzeigen-Preise werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte - Lanz - Kochplatten.

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14028, 14034, 14038 12 Schreiberstraße 12 Fernverkehr 29064
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Belvedere Hotel u. Kaffee Blesch
Brühlsche Terrasse 4-7 Uhr und 8-12 Uhr
Konzerte
Kleinkunstabtühne 4 Uhr Täglich 8 Uhr
Wohnrestaurant - Bar
Frühstückstube
dresd. Elber-Orchester-Konzerte

Günstiges Ergebnis des Volksbegehrens. Sozialdemokratischer Theaterdonner.

Die notwendige Stimmenzahl übertroffen!
115 748 Eintragungen in Dresden.
Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des städtischen Wahl- und Wähleramtes sind im Stadtgebiet Dresden für das Volksbegehren 115 748 Stimmen abgegeben worden. Dresden hat also von den 204 798 erforderlichen Stimmen allein beinahe 40 Prozent aufgebracht. Bei der Stadtverordnetenwahl im vorigen Jahre — die letzte Landtagswahl läßt sich wegen der inzwischen erfolgten Einwohnerleistungen nicht zum Vergleich heranziehen — wurden in Dresden 138 672 bürgerliche Stimmen abgegeben. Am jetzigen Volksbegehren haben sich also 83 Prozent der damaligen bürgerlichen Wähler Dresdens oder 28 Prozent der gesamten Wahlberechtigten in Dresden beteiligt.
Nach den aus dem Lande bis gestern, Montag, abend vorliegenden Zählungsberichten haben sich in die Listen zum Volksbegehren eingetragen in:
P Lauen l. B. von 63 000 Stimmberechtigten 20 903;
Bitter von 29 500 Stimmberechtigten 6710;
Riesa von 9104 Stimmberechtigten 2712;
Chemnitz (Stadt) von 190 000 Stimmberechtigten 55 198;
Amtshauptmannschaft Chemnitz 12 662;
Leipzig von 414 000 Stimmberechtigten 113 715.

Letten als „bürgerlich“ bezeichnete Element. Das scheint denn auch für ein vorzügliches Urteil ein ebenso günstiges Anzeichen des Meinungsumschwungs in Sachsen zu sein, wie das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens selbst. Gewiß haben wir allen Anlaß, uns über diesen Erfolg zu freuen. Mehr Anlaß aber haben wir noch, ihn mit vollen Kräften wahrzunehmen und auszubauen. Das liegt vor allem in der Natur des ganzen komplizierten Prozesses der Willensäußerung des Volkes begründet, deren erster Schritt allein mit dem Volksbegehren geleistet worden ist. Kommt es, wie man zunächst annehmen muß, zum Volksentscheid, dann ist es unumgänglich notwendig, daß die Beteiligung aller an einer Veränderung der Verhältnisse interessierten Kreise eine noch wesentlich härtere wird. Bis auf den letzten Wähler muß das sächsische Bürgertum bei dieser Gelegenheit auf den Damm gebracht werden. Das ist gewiß keine kleine Aufgabe, deren Schwierigkeit jeder richtig einschätzen wird, der schon beim Volksbegehren die Wahrnehmung machte, daß die sozialistischen Einschüchterungsversuche beispielsweise kleinen Beamten gegenüber nicht ohne Wirkung blieben, und daß mancher, dessen Ueberzeugung gut bürgerlich ist, sich durch verfechtete Drohungen davon abbringen ließ, sich in die Listen einzutragen. Dem muß unbedingt vorgebeugt werden. Dem sozialistischen Offensiven und geheimen Terror muß der feste Wille entgegengetreten werden, mit dem bisherigen Regime zu brechen. Das müssen sich besonders auch diejenigen einprägen, die aus vermeintlich größerer Erkenntnis der politischen Vorgänge und Zusammenhänge heraus meinen, das Regiment Bipinski wirtschaftliche sich von allein ab, ohne daß die persönliche Willensmeinung des einzelnen vorzuden wäre. Gewiß, der Justizrat und der Polizeirat sind von der Mehrheit des Landtages abgelehnt worden, und es ist möglich, daß die höhere Weisung der Kommunisten von der Berliner Zentrale auf Ablehnung des Gesamtteils lauten wird, so daß die Regierung dann wackelnd oder nichtwackelnd zum Rückgang blauen müßte; aber das alles sind Vorgänge und Möglichkeiten, von denen sich niemand in Sicherheit wiegen lassen darf, und die auf keinen Fall die Aktivität auch nur eines Staatsbürgers entbehren lassen dürfen. Darum kann die Parole des Bürgertums in Sachsen auch in Zukunft nicht anders lauten als: Alle Mann an Bord! Es gilt zu zeigen, daß wirklich die Volksmehrheit zur Besonnenheit, zur Besinnung umgekehrt ist! Es gilt schon in den nächsten Wochen, nach dem erfolgreichen Volksbegehren die Grundlage für einen erfolgreichen Volksentscheid zu schaffen!

Es kiffelt im Reichstage wegen der Getreideumlage oder richtiger gesagt: die Sozialdemokratie donnert hinter den Kulissen, um dem verehrlichen Publikum gaulich zu machen und den Anschein zu erwecken, als sei die politische Atmosphäre über und über mit Bündstoff geladen und müßte jeden Augenblick zur Explosion kommen. Den Anlaß zu diesem neuesten Krisenrummel hat die Gesetzesvorlage über die Getreideumlage gegeben, die am Freitag in zweiter Lesung mit unmitttelbar anschließender dritter Beratung werden soll. Der „Vorwärts“ hat sich in große Pose geworfen und erklärt, daß die Sozialdemokratie im Falle der Ablehnung der Getreideumlage aus dem Kabinett ausscheiden und in eine „entschiedene Opposition“ übergehen würde, da sie eine exorbitante Erhöhung des Brotpreises nicht auf sich nehmen könne. Auch verzeichnet das Blatt ein Gerücht, wonach der Reichskanzler in der Besprechung mit den Parteiführern mit dem Rücktritt der Regierung und Neuwahl gedroht habe. So etwas zieht schon längst nicht mehr. Dazu kennt man die Weise und den Text zu genau. Die Wirtshaus starken Worte stehen nicht mehr hoch im Kurse, aber ebensowenig darf auch auf das Brimborium seiner sozialdemokratischen Selbstaufbebung besonderes Gewicht gelegt werden, wenn diese Männer sich reden und die Hände ballen, daß der Witz des Witzes wie bei Athleten, als wenn sie wer weiß was für eine Kraftleistung produzieren wollten. Die Sozialdemokratie verfolgt mit ihrer jetzigen Schreckenspolitik einen doppelten taktischen Zweck, der so durchsichtig ist, daß man nicht erst eine Brille aufsetzen braucht, um dahinter zu kommen: sie will einmal die Mitglieder der demokratischen und der Zentrumspartei, die in der Frage der Getreideumlage der Rücksicht auf ihre ländliche Wählerschaft die Gefolgschaft verweigern, bei der Stange zu halten suchen, und außerdem die Gelegenheit benutzen, um sich nach Möglichkeit von den Folgen ihrer bisherigen Erfüllungs- und Steuerpolitik zu entlasten, deren mit jedem Tage klarer sich herausstellende Wirkung auf die Wählerschaft ihr den Anglistenweiss aus den Poren zu treiben beginnt. Aus einer Wendung, die dem „Vorwärts“ bei der Erörterung der Krise entschlüpft ist, läßt sich deutlich erkennen, worauf der ganze Kulissenzauber hinaus will. „Es zeigt sich“, schreibt das Zentralorgan der mehrheitssozialistischen Partei, „daß man bei den Reichsparteien die Situation zu begreifen beginnt. Ihre Demagogie hat sich bisher von der Unzufriedenheit des städtischen Mittelstandes über die hohen Lebensmittelpreise genährt. Wie, wenn die blinden Nachläufer mit einem Male erkennen würden, wo er der Schein hinter dem Busche ist, der den Lebensmittelmacher schützt und fördert?“ Das ist eine klassische Leistung der sozialdemokratischen Verdrehungskunst. Also wenn die Reichsparteien sich pflichtmäßig in Wahrung der Volksinteressen gegen den Lebensmittelmacher wenden, so ist das „Demagogie“. Wenn aber die Sozialdemokratie aus taktischen Gründen die Getreideumlage ausbeutet, um gegen die Reichsparteien zu gehen und das Odium der Teuerung infolge der Erfüllungspolitik, mit dem diese Partei voll belastet ist, nach rechts hin abzuwälzen — ja, Bauer, dann ist das ganz was anderes! Die sozialdemokratische Presse stellt es so dar, als wenn die bürgerlichen Parteien, die Gegner der Getreideumlage sind, die Interessen der notleidenden Verbraucherschicht mit Füßen träten und der Landwirtschaft auf Kosten der Verbraucher ein Geschenk, eine „Liebesgabe“ machen wollten. Nichts kann falscher sein, als das. Auch die grundsätzlichen Gegner der Getreideumlage stehen durchaus auf dem Standpunkt — etwas anderes ist nach ihrer ganzen volkswirtschaftlichen Tendenz überhaupt nicht denkbar —, daß die minderbemittelten Schichten gegen eine übermäßige Verteuerung des Brotes geschützt werden müssen, und sie sind zu dem Zwecke bereit, an einer Lösung der Frage in dem Sinne mitzuwirken, daß die Kreise, die pecuniär dazu befähigt sind, eine höhere Last zugunsten der weniger tragfähigen Verbraucher auf sich nehmen, um diesen eine entsprechende Verminderung des Brotpreises zugute kommen zu lassen. Sie wollen daher dem Reichskanzler die geschliche Ermächtigung gewähren, den Kreis der zum Empfang von Markentrotz Berechtigten nach seinem Ermessen jeweils einzuschränken. In Oesterreich besteht eine ähnliche Einrichtung schon seit längerer Zeit, und es entspricht auch durchaus der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit, daß Leute, „die es können“, nicht mit einer Wohlthat bedacht werden, auf die nur die „Entertiten“, die unter der Geldentwertung hart und unmitttelbar Leidenden, einen moralischen Anspruch geltend machen können. Voraussetzung der richtigen Wirksamkeit einer derartigen Maßregel ist allerdings, daß die hohen Einkommen, die von der Bergünstigung des Markentrotzpreises ausgenommen werden sollen, auch wirklich so hoch angelegt werden, daß sie unter voller Berücksichtigung der Geldentwertung noch als besonders tragfähig angesehen werden können. Zieht man die Grenzen zu niedrig, so schafft man lediglich nur neue Ursache zur Verbitterung bei

Das Resultat der Londoner Reise Poincarés.

Neue Untersuchungen der Reparations-Kommission.
London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nochmals nach England reisen, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.
Die Aussprache zwischen Lloyd George und Poincaré.
Paris, 19. Juni. Nach einem Bericht des Sonderberichterstatters der Agence Havas, der den Ministerpräsidenten Poincaré auf seiner Reise nach London begleitete, trug die Unterhaltung zwischen Poincaré und Lloyd George einen herablassenden Charakter. Sie drehte sich ausschließlich um die Haager Konferenz und das Reparationsproblem. Poincaré habe mitgeteilt, daß er den französischen Delegierten die bereits gemeldeten Besorgungen gegeben habe. Die französische Delegation werde im Haag bleiben, da es ausgemacht sei, daß die Erörterungen keinen politischen Charakter tragen und daß die zu behandelnden technischen Fragen nur ad referendum geregelt werden können, ohne die Regierungen zu verpflichten, ferner, daß jede Nacht das Recht habe, die Stellung beizubehalten, die sie in Genau eingenommen habe. Lloyd George habe sich von dieser Entscheidung sehr befriedigt gezeigt. Die beiden Staatsmänner hätten hierauf eine Aussprache über das Reparationsproblem begonnen und diesem Teil der Unterhaltung habe außer Lord Balfour, der während der gesamten Besprechungen anwesend gewesen sei, auch Sir Robert Borne beigewohnt. Ein oder zwei mal seien auch die Sachverständigen des Schatzamtes zu Rate gezogen worden. Die durch den Mißerfolg der internationalen Anleihe geschaffene Lage wurde besprochen, aber in allgemeiner Form, da sich die Reparationskommission augenblicklich damit beschäftigt, eine Finanzkontrolle in Deutschland zu organisieren, die sich insbesondere erstreckt auf die Budgets (Verminderung der Ausgaben, Vermehrung der Einnahmen), auf den Banknotenumsatz und auf die Ausfuhr ausländischer Devisen. Das sei eine Angelegenheit, die man im übrigen nicht in einigen Tagen überbrücken könne. Die interalliierten Regierungen hätten sich also später über die aus dem Bericht der Reparationskommission zu ziehenden Folgerungen zu verständigen. Wenn Deutschland sich weigere, die Kontrollmaßnahmen anzunehmen oder wenn Deutschland sie umgehe, nach dem es sie angenommen habe, würde eine beschlossene Verletzung

seinerseits vorliegen und es könnten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Der Sonderberichterstatter, dessen Bericht kurzzeitig in Paris noch nicht vollkommen vorliegt, fügt hinzu: Nach dem heutigen Meinungsstande scheint es nicht, daß ernsthafte Mißverständnisse befürchtet werden könnten, wenn die Diskussion dieser Frage endlich sachlich wieder aufgenommen wird. (W. T. B.)
Frankreichs offizielle Teilnahmeerklärung für den Haag.
Haag, 19. Juni. In der heutigen Nachmittagsitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte Benoist namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber, daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen ad referendum handele und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gäbe. Der Franzose Alphand unterstüzte diese Erklärung und sagte, die Beschlüsse der Allgemeinen Kommission könnten weder frühere noch zukünftige Entscheidungen der Regierung beeinträchtigen. Der belgische Delegierte Gattier war mit dieser Erklärung einverstanden.
Die Uebergabe von Kattowik an Polen.
Weschen, 19. Juni. Kattowik ist nunmehr in polnischen Besitz übergegangen. Es gibt keine deutschen Hoheitszeichen mehr auf den öffentlichen Gebäuden. Gestern abend 6 Uhr sind Post und Eisenbahn den polnischen Behörden übergeben worden, nachdem 24 Stunden vorher die polnische Polizei mit starken Kräften den Sicherheitsdienst übernommen hatte. Die Polizei ist nach englischer Muster ausgebildet und uniformiert. In der Postverwaltung sind einige Schwierigkeiten entstanden, da in letzter Stunde noch eine Anzahl Beamten sich, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, zum Weitergehen entschlossen hatte. Heute morgen ist in feierlicher Weise unter dem Spiel der Nationalhymne die bisher bei der interalliierten Dreikommission ruhende öffentliche Gewalt auf die neue polnische Zivilbehörde übergegangen. Die Fahnen der drei interalliierten Staaten wurden eingehoben und die polnische Fahne gehißt. Es ist bis jetzt nirgends zu irgendwelchen Anzeichen gekommen. Allerdings steht die eigenliche Feier erst für den morgen künftigen Einmarsch der polnischen Truppen bevor.